

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Thomas Günther (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Situation der Hausärzte in den Verbandsgemeinden Rhein-Selz, Wonnegau, Eich und Monsheim

Die **Kleine Anfrage 3855** vom 21. Oktober 2015 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist die Altersstruktur der niedergelassenen Hausärztinnen und Hausärzte (bitte die Angaben altersstrukturiert bis 40 Jahre, zwischen 40 und 50 Jahre, zwischen 50 und 60 Jahre, 61 Jahre und älter) in den Verbandsgemeinden Rhein-Selz, Eich, Monsheim und Wonnegau?
2. Wie viele niedergelassene Hausärztinnen und Hausärzte in den Verbandsgemeinden Rhein-Selz, Eich, Monsheim und Wonnegau sind in den letzten fünf Jahren in den Ruhestand gegangen?
3. Wie hoch ist die Anzahl der Praxen von niedergelassenen Hausärztinnen und Hausärzten, die in den letzten fünf Jahren in den Verbandsgemeinden Rhein-Selz, Eich, Monsheim und Wonnegau geschlossen wurden?
4. Wie hoch ist die Anzahl der Praxen von niedergelassenen Hausärztinnen und Hausärzten, die in den letzten fünf Jahren in den Verbandsgemeinden Rhein-Selz, Eich, Monsheim und Wonnegau neu eröffnet wurden?
5. Wie hoch ist die Anzahl der Zweitpraxen, die in den letzten fünf Jahren in den Verbandsgemeinden Rhein-Selz, Eich, Monsheim und Wonnegau neu eröffnet wurden?
6. Wie bemisst und berechnet sich der Versorgungsgrad mit hausärztliche Leistungen in den Verbandsgemeinden Rhein-Selz, Eich, Monsheim und Wonnegau?
7. Wie hat sich der Versorgungsgrad in den Verbandsgemeinden Rhein-Selz, Eich, Monsheim und Wonnegau jährlich seit 2010 entwickelt und womit muss aufgrund der Altersstruktur in den nächsten fünf Jahren gerechnet werden?

Bitte bewerten Sie in den o. g. Zeiträumen vor der Fusion der Verbandsgemeinden Nierstein-Oppenheim und Guntersblum zur Verbandsgemeinde Rhein-Selz auch die ehemaligen Verbandsgemeinden Nierstein-Oppenheim und Guntersblum für sich alleine.

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. November 2015 wie folgt beantwortet:

Die Landesregierung hat bereits vor Jahren die künftige medizinische beziehungsweise hausärztliche Versorgung der Menschen in Rheinland-Pfalz zu einem Schwerpunktthema der Landespolitik gemacht.

Allerdings werden die meisten Rahmenbedingungen für die (haus-)ärztliche Tätigkeit auf Bundesebene und durch die ärztliche Selbstverwaltung gesetzt.

Rheinland-Pfalz hat in den zurückliegenden Jahren viele Initiativen auf der Bundesebene eingebracht, mit dem Ziel, die ambulante ärztliche Versorgung zu stärken. Die entsprechenden Initiativen waren in den zurückliegenden Jahren mehrfach Gegenstand der politischen Debatte im rheinland-pfälzischen Landtag und auch immer wieder Gegenstand in Unterrichtungen, zum Beispiel des Sozialpolitischen Ausschusses.

Auf Landesebene wurde bereits im Jahr 2007 zusammen mit den Partnern der Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung erarbeitet und seither fortgeschrieben.

Unlängst trat das Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege – 2020“ mit weiteren Maßnahmen hinzu. Ein zentraler Baustein des Masterplans ist das Förderprogramm vertragsärztliche Versorgung, mit dem Anreize für die Aufnahme einer ärztlichen Tätigkeit in ländlichen Räumen gesetzt werden. Weitere Bausteine sind die Einrichtung eines Lehrstuhls für Allgemeinmedizin, die Weiterentwicklung des Auswahlverfahrens für Medizinstudierende oder die Einrichtung des Informationsportals www.hausarzt.rlp.de sowie Initiativen zur Fachkräftesicherung. Zu diesen Initiativen gehört zum Beispiel das Förderprogramm PJ-Tertial Allgemeinmedizin, dessen Ziel es ist, das Interesse der Studierenden am Hausarztberuf zu wecken. Auch unterstützt das Land im Rahmen des Zukunftsprogramms „Gesundheit und Pflege – 2020“ Kommunen darin, gemeinsam mit den lokalen Akteuren des Gesundheitswesens und unter Mitwirkung der Kassenärztlichen Vereinigung geeignete Ideen und Maßnahmen zur Sicherung der ärztlichen Grundversorgung bis hin zu konkreten Umsetzungsschritten zu entwickeln. Dazu organisiert und finanziert das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie die Durchführung von lokalen Zukunftswerkstätten. Aufgrund der guten Erfahrungen wurde das Projekt ausgeweitet, sodass jetzt 20 Regionen mit insgesamt 31 kommunalen Gebietskörperschaften teilnehmen.

Zu 1.:

Nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz stellt sich die Altersstruktur der zur vertragsärztlichen Versorgung zugelassenen Hausärzteschaft in den Verbandsgemeinden wie folgt dar:

| Altersklasse | Eich | Monsheim | Rhein-Selz | Wonnegau |
|--------------------|------|----------|------------|----------|
| bis 40 Jahren | 0 | 0 | 2 | 3 |
| 40 bis 50 Jahren | 2 | 1 | 6 | 4 |
| 50 bis 60 Jahren | 6 | 0 | 7 | 7 |
| 61 Jahre und älter | 3 | 2 | 12 | 1 |

(Quelle: KV Rheinland-Pfalz, Stand 30. September 2015.)

Zu 2.:

Nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz sind in den Verbandsgemeinden in den letzten fünf Jahren neun Hausärztinnen und Hausärzte aus der vertragsärztlichen Versorgung ausgeschieden (Eich: 1, Monsheim: 2, Rhein-Selz: 6).

Zu 3.:

Nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz wurden in den Verbandsgemeinden in den letzten fünf Jahren drei hausärztliche Praxen geschlossen (Monsheim: 2, Wonnegau: 1).

Zu 4.:

Nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz wurden in den Verbandsgemeinden in den letzten fünf Jahren zwei hausärztliche Praxen neu eröffnet (Rhein-Selz: 1, Wonnegau: 1 wegen Umzug). Im gleichen Zeitraum wurden neun Hausärztinnen und Hausärzte neu zugelassen beziehungsweise angestellt (Eich: 2, Rhein-Selz 7).

Zu 5.:

Nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz wurden in den Verbandsgemeinden in den letzten fünf Jahren drei Zweigpraxen neu eröffnet (Monsheim: 2, Wonnegau: 1).

Zu 6.:

Der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen hat auf Grundlage von Mitteilungen der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz über die vom Zulassungsausschuss ausgesprochenen Zulassungen im jeweiligen Planungsbereich in geeigneten Zeitabständen den Stand der Versorgung zu überprüfen.

Die Berechnung der hausärztlichen Versorgungsgrade erfolgt entsprechend der Vorgaben der Bedarfsplanungsrichtlinie des gemeinsamen Bundesausschusses nach Planungsbereichen und nicht nach Verbandsgemeinden.

Planungsbereiche für die hausärztliche Versorgung sind seit dem 1. Januar 2013 gemäß der bundeseinheitlichen Bedarfsplanungs-Richtlinien die sogenannten Mittelbereiche in der Abgrenzung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Seither sind die Verbandsgemeinde Rhein-Selz beziehungsweise die früheren Verbandsgemeinden Nierstein-Oppenheim und Guntersblum dem sogenannten Mittelbereich Mainz zugeordnet. Dieser umfasst auch die Landeshauptstadt Mainz. Vor dem 1. Januar 2013 waren die früheren Verbandsgemeinden Nierstein-Oppenheim und Guntersblum Teil des Planungsbereichs Kreis Mainz-Bingen. Die Verbandsgemeinden Wonnegau, Eich und Monsheim sind seit dem 1. Januar 2013 dem Mittelbereich Worms zugeordnet. Dieser umfasst auch die kreisfreie Stadt Worms. Vor dem 1. Januar 2013 waren diese Kommunen dem Planungsbezirk Kreis Alzey-Worms/kreisfreie Stadt Worms zugeordnet.

Die Feststellung des Versorgungsgrades erfolgt auf der Grundlage der in dem Mittelbereich zugelassenen Hausärzte im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Bundeseinheitlich gilt als Verhältniszahl: 1 Hausarzt zu 1 671 Einwohnerinnen und Einwohner. Um der unterschiedlichen Altersstruktur der Bevölkerung und damit dem unterschiedlichen Leistungsbedarf in den einzelnen Planungsbereichen angemessen Rechnung zu tragen, wird diese Verhältniszahl um den sogenannten Demografiefaktor modifiziert. Daher verwendete der Landesausschuss bei seiner letzten Sitzung am 3. Juni 2015 für seine Prüfung für den Mittelbereich Mainz eine angepasste Verhältniszahl von 1 zu 1 730 und für den Planungsbereich Mittelbereich Worms eine angepasste Verhältniszahl von 1 zu 1 694.

Setzt man diesen Wert ins Verhältnis zur Einwohnerzahl und zur Zahl der Hausärztinnen und Hausärzte ergibt sich für den Mittelbereich Mainz 110,19 Prozent und für den Planungsbereich Mittelbereich Worms 108,19 Prozent.

Entsprechend der Regelungen der Bedarfsplanung wird ein Planungsbereich ab einem Versorgungsgrad von 110 Prozent wegen Überversorgung gesperrt. Ärztinnen und Ärzte können sich dann nur niederlassen, wenn sie einen bestehenden Arztstuhl übernehmen.

Das Vorliegen einer Unterversorgung ist im hausärztlichen Bereich anzunehmen, wenn der Versorgungsgrad unter 75 Prozent sinkt.

Zu 7.:

Nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz hat sich der Versorgungsgrad für die Fachgruppe der Hausärztinnen und Hausärzte in den Mittelbereichen seit dem Jahr 2010 wie folgt entwickelt:

Planungsbereich Landkreis Alzey-Worms/kreisfreie Stadt Worms

| | 6/2010 | 6/2011 | 6/2012 |
|-----------------|---------|---------|---------|
| Versorgungsgrad | 114,5 % | 110,4 % | 109,6 % |

(Quelle: KV Rheinland-Pfalz.)

Planungsbereich Landkreis Mainz-Bingen

| | 6/2010 | 6/2011 | 6/2012 |
|-----------------|---------|------------|---------|
| Versorgungsgrad | 109,8 % | 110,1 % *) | 109,3 % |

(Quelle: KV Rheinland-Pfalz.)

Planungsbereich Mittelbereich Mainz

| | 6/2013 | 6/2014 | 6/2015 |
|-----------------|----------|----------|----------|
| Versorgungsgrad | 114,04 % | 111,99 % | 110,19 % |

(Quelle: KV Rheinland-Pfalz.)

Planungsbereich Mittelbereich Worms

| | 6/2013 | 6/2014 | 6/2015 |
|-----------------|----------|----------|----------|
| Versorgungsgrad | 111,08 % | 108,89 % | 108,19 % |

(Quelle: KV Rheinland-Pfalz.)

Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz erreichen in den nächsten fünf Jahren jeweils 46 Prozent der Hausärztinnen und Hausärzte in den Kreisen Mainz-Bingen und Alzey-Worms das mittlere Austrittsalter aus der vertragsärztlichen Versorgung von 62 Jahren.

Die Entwicklung des Versorgungsgrades in den kommenden fünf Jahren ist nicht nur davon abhängig, wie viele Ärztinnen und Ärzte innerhalb dieses Zeitraums ausscheiden, sondern auch davon, wie viele durch Niederlassung, Praxisübernahme oder Anstellung neu hinzukommen.

*) Die KV Rheinland-Pfalz hat mitgeteilt, dass sie in ihrer Stellungnahme zur Kleinen Anfrage 3701 der Abgeordneten Dorothea Schäfer aufgrund eines Tippfehlers fälschlicherweise einen Versorgungsgrad von 110,7 Prozent angegeben habe. Korrekt sei 110,1 Prozent.

Zur Zahl der in den nächsten fünf Jahren neu hinzukommenden Hausärztinnen und Hausärzte kann die Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz keine Prognose abgeben.

Eine Einschätzung der Entwicklung der Versorgungsgrade in den nächsten fünf Jahren ist daher nicht möglich.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Staatsministerin